

**Notstandsrechte
gegenüber dem Wolf**

**Rechtsgutachten
im Auftrag der CDU-Fraktion
des sächsischen Landtages**

**nebst Antwort
auf ergänzende Zusatzfragen**

von

Dr. Dietrich Meyer-Ravenstein

Hannover

D. Meyer-Ravenstein

Einleitung

Seit Rückkehr der Wölfe nach Deutschland vor einigen Jahren breitet sich die Population zügig nach Westen aus. Erfahrungen zeigen, dass der Bestand jährlich um ca. 30 % zunimmt. Auch wenn sich die Wölfe im Allgemeinen weit überwiegend von wild lebenden Tieren ernähren, kommt es zunehmend vor, dass auch Vieh, insbesondere Schafe und Rinder, gerissen wird. Dieselbe Gefahr besteht für Damwild, welches in Gattern gehalten wird. Denn Zäune, die das Damwild vom Ausbrechen abhalten, müssen nicht unbedingt gleichzeitig wolfsicher sein. Für die Vieh- und Damwildhalter stellt sich daher die Frage, in welchen Situationen und mit welchen Mitteln sie sich solcher in das Gatter eingedrungenen Wölfe erwehren können.

A. Rechtliche Ausgangslage

a) Vieh und im Gatter gehaltenes Damwild:

Wild, welches im Gatter (nicht Jagdgatter!) gehalten wird, ist ein gefangenes wildes Tier, welches nicht herrenlos ist, sondern im Eigentum des Halters steht (§ 960 BGB). Solches Gatterwild unterliegt - wie auch Vieh - grundsätzlich dem Landwirtschaftsrecht: z.B. Haltungsbestimmungen, Tierseuchenkasse, Tötung grundsätzlich nur nach Betäubung (§ 4 Abs. 1 TSchG).

b) Wolf:

Der Wolf ist für Deutschland in den Anhängen II und IV der FFH-Richtlinie gelistet und unterliegt daher nach deren Art. 3 und 12 europarechtlich dem strengen Artenschutz.

Der Wolf wird nicht in § 2 Abs. 1 BJagdG aufgeführt; bundesrechtlich unterliegt er daher nicht dem Jagdrecht. In Sachsen¹ hingegen wurde er auf der Grundlage des § 2 Abs. 2 BJagdG zum Wild erklärt. Er ist nicht Gegenstand des Jagdschutzes, da dieser in § 23 BJagdG keine konkreten Befugnisse enthält und dort nur der Inhalt des Jagdschutzes "nach näherer Bestimmung durch die Länder" geregelt ist. In den Jagdschutzbefugnissen Sachsens fehlt es an einer konkreten Befreiung von jagd- und artenschutzrechtlichen Verboten.

Der Wolf ist „besonders geschützte Art“ nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 Buchst. a) und darüber hinaus „streng geschützte Art“ nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 Buchst. a) und b) BNatSchG jeweils i.V.m. dem Anhang A der EU-VO 338/97 bzw. Anhang IV Buchst. a) der Richtlinie 92/43/EWG (FFH-RL). Er gilt in Deutschland als "heimische" (§ 7 Abs. 2 Nr. 7 Buchst. a) BNatSchG a.F.) aber „gebietsfremde“² (§ 7 Abs. 2 Nr. 8 a.F. BNatSchG) Art³. Diese konkreten

¹ Vgl. § 3 SächsJagdVO v. 27.8.2012 (Sächs GVBl. 2012, 518)

² So auch Guber/Herzog, NuR 2017 S. 83

³ Nr. 7: heimische Art ist „eine wild lebende Tierart, die ihr Verbreitungsgebiet oder regelmäßiges Wanderungsgebiet ganz oder teilweise im Inland hat oder in geschichtlicher Zeit hatte oder auf natürliche Weise in das Inland ausdehnt“

Definitionen wurden zwar aus § 7 Abs. 2 BNatSchG gestrichen⁴, aber nur, weil sie als Begriff nicht mehr erforderlich waren⁵ bzw. kein Widerspruch zur europarechtlichen Definition der invasiven Art entstehen sollte. Der Begriff „gebietsfremd“ findet sich mittelbar aber in § 40 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG. Der Begriff "heimisch" im Sinne der ehemaligen Definition des Bundesnaturschutzgesetzes gilt im übrigen jagdrechtlich fort, soweit dieser Begriff in den Landesjagdgesetzen ohne eigenständige Definition verwendet wird⁶, weil zu diesem Zeitpunkt die naturschutzrechtliche Definition bestand und als allgemein gültig unterstellt wurde.

Nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG ist es verboten, wild lebende Tiere der „besonders geschützten Arten“ zu verletzen oder zu töten. Ein Verstoß stellt eine Strafbarkeit nach § 71 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 69 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG dar. In Sachsen ist der Abschuss des ganzjährig geschützten Wolfes nach der abschließenden Regelung des § 38 Abs. 1 Nr. 2 BJagdG strafbar. Die Strafvorschrift des § 38a BJagdG greift nicht ein, weil der Wolf bundesrechtlich nicht zum "Wild" gehört und demzufolge in der Bundeswildschutzverordnung nicht aufgeführt ist.

c) Waffenrecht:

Der Erwerb, der Besitz, das Führen und das Schießen mit einer Schusswaffe (Langwaffe) verlangen eine waffenrechtliche Erlaubnis. Dies gilt nicht für Inhaber eines gültigen Jagdscheins zur befugten Jagdausübung (§ 13 WaffG). Da Wölfe in Sachsen dem Jagdrecht unterliegen, stellt ein Abschuss „Jagdausübung“ dar, selbst wenn die Wölfe ganzjährig geschont sind. Die Verwendung einer Schusswaffe durch einen Jagdscheininhaber ist daher waffenrechtlich unproblematisch, bedarf anderenfalls einer waffenrechtlichen Erlaubnis. Ohne eine solche stellt das Führen einer Schusswaffe eine waffenrechtliche Straftat dar.

B. Notstandsrecht gegenüber dem Wolf

1. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Vieh oder Gatterwild

Dringt ein Wolf in ein Wildgatter ein, stellt sich die Frage, ob eine Tötung oder schwere Verletzung des Wolfes mit einer Schusswaffe gerechtfertigt ist und damit eine Strafbarkeit ausschließt:

Der Rechtfertigungsgrund der Notwehr (§ 32 StGB) greift nicht ein, weil er einen "Angriff" voraussetzt, der begrifflich von einem Menschen ausgehen muss.

Nr. 8: gebietsfremde Art ist „eine wild lebende Tierart, wenn sie in dem betreffenden Gebiet in freier Natur nicht oder seit mehr als 100 Jahren nicht mehr vorkommt“

⁴ Durch Gesetz zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten vom 8.9.2017 (BGBl I S. 3370)

⁵ Vgl. BR-Drs. 184/17 zu Nr. 1

⁶ Vgl. z.B. § 31 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 1 NJagdG; § 33 Abs. 1 Satz 1 LJagdG LSA

Die Tötung oder Verletzung des Wolfes könnte jedoch durch einen Notstand nach § 34 StGB gerechtfertigt sein:

§ 34 Rechtfertigender Notstand

¹Wer in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, um die Gefahr von sich oder einem anderen abzuwenden, handelt nicht rechtswidrig, wenn bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Rechtsgut das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. ²Dies gilt jedoch nur, soweit die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden.

a) Gegenwärtige Gefahr und Handlungsalternative

Voraussetzung ist zunächst eine "Gefahr" für eines der in § 34 genannten Rechtsgüter. Betroffenes Rechtsgut ist das Eigentum an den gehaltenen Tieren. Eine Gefahr liegt dann vor, wenn aufgrund tatsächlicher Umstände die Wahrscheinlichkeit des Eintritts eines schädigenden Ereignisses besteht⁷. "Gegenwärtig" ist eine Gefahr dann, wenn ein Schaden bei natürlicher Weiterentwicklung der Dinge sicher oder zumindest höchst wahrscheinlich eintritt und nur durch sofortiges Handeln abwendbar ist⁸. Befindet sich ein Wolf in einem Wildgatter, besteht für die dort gehaltenen nunmehr ungeschützten Tiere demzufolge eine gegenwärtige Gefahr und damit auch für das Eigentum des Wildhalters. Eine Verletzung oder gar Tötung des Gatterwildes muss vom Eigentümer nicht abgewartet werden. Dies allein genügt aber für eine Notstandshandlung noch nicht. Der Schuss auf den Wolf ist nur dann gerechtfertigt, wenn die Gefahr "nicht anders abwendbar", der Abschuss also erforderlich ist, um das Gatterwild zu retten. Es ist daher regelmäßig zunächst erforderlich, sich als Mensch bemerkbar zu machen, laut die Stimme zu erheben oder gar einen Warnschuss abzugeben. Flieht der Wolf, ist die konkrete Gefahr beendet und wäre ein "Hinterherschießen" nicht mehr gerechtfertigt. Gleiches gilt für den präventiven Abschuss eines Wolfes außerhalb des Gatters, weil es ebenfalls an der gegenwärtigen Gefahr fehlen würde. Da der rechtfertigende Notstand des § 34 StGB auch zu Gunsten Dritter eingreift („von sich oder einem anderen abzuwenden“), kommt es nicht darauf an, ob das Damwild dem Schützen gehört oder einem anderen. Grundsätzlich unerheblich ist auch die Frage, ob die gegenwärtige Gefahr vom Eigentümer oder vom Handelnden herbeigeführt oder mit verursacht wurde. Dies ist allerdings ggf. bei der Interessenabwägung (vgl. unten c) oder der Angemessenheit (vgl. unten d) zu berücksichtigen.

b) Artenschutz als Abwägungsbelang des § 34 StGB

Für die Rechtfertigung durch einen Notstand ist nach § 34 Satz 1 StGB weiterhin erforderlich, dass „bei Abwägung der widerstreitenden Interessen, namentlich der betroffenen Rechtsgüter

⁷ Fischer, StGB-Kommentar, 64. Aufl. 2017, § 34 Rdn. 4

⁸ Fischer a.a.O. Rdn. 7

und des Grades der ihnen drohenden Gefahren, das geschützte Rechtsgut das beeinträchtigte wesentlich überwiegt.“

Dem zu schützenden Eigentum am Damwild steht bei der Abwägung mit dem herrenlosen Wolf kein Individualrechtsgut gegenüber, so dass sich bereits die Frage stellt, ob im vorliegenden Fall des Konfliktes zwischen Wolf und Gatterwild überhaupt eine Abwägung vorzunehmen ist. Das Tötungsverbot nach § 44 BNatSchG ist lediglich eine individuelle Rechtspflicht, nicht aber ein individuelles Rechtsgut. Die in § 34 Satz 1 StGB aufgeführten Schutzgüter betreffen „Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut“. Sämtliche konkret benannten Rechtsgüter sind Individualrechtsgüter, so dass sich auch der Begriff „ein anderes Rechtsgut“ auf solche bezieht und beschränkt. Hierzu zählen beispielsweise die eigentumsähnlichen Rechte wie Jagdausübungsrechte, Fischereiausübungsrechte und andere dingliche Rechte, Aneignungsrechte und Nutzungsrechte. Öffentliche Interessen, wie Tierschutz oder Artenschutz, werden also von § 34 StGB nicht erfasst. Dies ergibt sich auch daraus, dass die Gefahr „von sich oder einem anderen“ abgewendet werden darf, also bezogen auf eine Person, der die Individualgüter zustehen. Die Beschränkung folgt ferner aus dem systematischen Zusammenhang mit den weiteren Vorschriften im 2. Abschnitt, 4. Titel des StGB, nämlich § 32 (Notwehr) und § 35 (entschuldigender Notstand). Auch diese Vorschriften dienen allein dem Schutz von Individualgütern.

Weitergehend hält zwar *Lenckner*⁹ unter Bezugnahme auf Rechtsprechung eine solche Beschränkung für einen Widerspruch zum Wesen des Notstands und sieht daher Rechtsgüter der Allgemeinheit als notstandsfähig an. Bei der in Bezug genommenen Sicherheit des Straßenverkehrs, der Volksgesundheit oder dem Interesse an der Bekämpfung des Rauschgifthandels sowie an der Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung stehen aber letztlich immer Individualrechtsgüter wenn auch unbekannter Personen im Hintergrund. Solche dem menschlichen Leben und der Gesundheit dienenden Interessen der Allgemeinheit können daher nicht auf das allgemeine öffentliche Interesse am Tier- und Artenschutz übertragen werden. Wenn überhaupt ist eine solche Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 34 StGB eng auszulegen, weil anderenfalls das Sanktionsmonopol des Staates infrage stünde. Jedermann könnte zum Schutz öffentlicher Vorschriften in Individualrechtsgüter anderer eingreifen. So könnte jedermann im Interesse des Tierschutzes ein schwer verletztes Haustier eines anderen töten, um es von seinen Qualen zu erlösen. Der Jäger könnte im Artenschutzinteresse einen fremden Hund erschießen, wenn dieser einen Feldhamster packt. Die ausdrücklichen Regeln über den Jagdschutz wären weit gehend obsolet. So räumt selbst *Lenckner* a.a.O. ein, dass privates Handeln zum Schutz der Allgemeinheit wegen der primären Zuständigkeit staatlicher Organe nur im äußersten Notfall zulässig sei und § 34 StGB in einem demokratischen Rechtsstaat keine Legitimation für Straftaten, die zur Beseitigung öffentlicher Missstände begangen werden, liefere. Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass *Lenckner* und die in Bezug genommene Rechtsprechung in den besonders gelagerten äußersten Notfällen nur einen Notstand zu Gunsten dieser Rechtsgüter vorsieht, nicht jedoch diese als beeinträchtigtes abzuwägendes Rechtsgut anführt. Aufgrund der zahlreichen Schutzvorschriften zu Gunsten des Wolfes und einer funktionierenden Verwaltung fehlt es im

⁹ in: Schönke/Schröder, Kommentar StGB, München 1997, § 34 Rdn. 10

übrigen an einer entsprechenden Situation, dem äußersten Notfall, in dem staatliche Hilfe nicht zu erhalten ist.

Im Ergebnis ist daher festzuhalten, dass das öffentliche Interesse am Artenschutz nicht als „beeinträchtigtes Rechtsgut“ in die Güterabwägung des § 34 StGB einzubeziehen ist. Vorbehaltlich des § 34 Satz 2 StGB (vgl. dazu unten d) wäre daher der zur Rettung von Vieh oder eines Stückes Damwild notwendige Abschuss eines Wolfes gerechtfertigt und daher nicht strafbar.

c) Interessenabwägung

Würde man - entgegen der hier vertretenen Auffassung - das öffentliche Interesse am Artenschutz in die Abwägung nach § 34 Satz 1 StGB einbeziehen wollen, ginge diese im Regelfall allerdings zu Gunsten des Wolfes aus:

aa) Unter dem Gesichtspunkt des **Tierschutzes** als Individualschutz stehen Wolf und Vieh/Gatterwild als Wirbeltiere auf derselben Ebene, so dass sich insoweit ein „wesentliches Überwiegen des geschützten Rechtsgutes“ im Sinne des § 34 StGB nicht von vornherein begründen lässt. Geht man allerdings davon aus, dass sich Wolf und Damwild einen längeren Kampf liefern, an dessen Ende das Damwild verenden wird und demgegenüber der Abschuss des Wolfes zu einem schnellen Tod führt, spricht der Tierschutzgedanke immerhin eher zu Gunsten des Viehs/Damwildes. Denn nach den Vorgaben des § 1 Satz 2 TSchG gilt, dass das schnelle Töten eines Tieres einem vermeidbaren Tierleid mit Todesfolge vorzuziehen ist. Der Abschuss des Wolfes mit seiner schnellen Tötungswirkung wäre daher tierschutzrechtlich den langen Leiden eines oder mehrerer Stücke Vieh/Damwild im Gatter vorzuziehen.

bb) Hinsichtlich des **Artenschutzes** ist zwar zu beachten, dass es sich hierbei um den Schutz der Population handelt und nicht um den absoluten Schutz des einzelnen Individuums. Bei der derzeit wachsenden Population der Wölfe, die bereits in absehbarer Zeit den vorhandenen bzw. zugebilligten Lebensraum in Deutschland ausfüllen wird, stellt der Ausfall eines Exemplars in den seltenen Fällen einer Notstandshandlung keine Beeinträchtigung der Population dar. Die Zahl der durch natürliche Ursachen oder insbesondere auch den Straßenverkehr eintretenden Todesfälle ist vielfach höher, so dass der seltene Fall eines Abschusses im Rahmen einer Notstandshandlung zu vernachlässigen ist. Für die artenschutzrechtliche Zulässigkeit der Tötung eines Wolfes spräche auch Art. 16 Abs. 1 Buchst. b) FFH-Richtlinie, wonach die Tötung des Wolfes unter die erlaubten Ausnahmetatbestände fiele, weil es zur Rettung des Viehs/Damwildes „keine anderweitige zufrieden stellende Lösung gibt“ und sich der Erhaltungszustand der Population nicht verändern würde, also der Population „nicht schadet“¹⁰. Entsprechendes gilt nach § 45 Abs. 7 Nr. 1 BNatSchG, wonach von dem Tötungsverbot des § 44 BNatSchG Ausnahmen zur Abwendung erheblicher wirtschaftlicher Schäden zugelassen werden können. Diese Ausnahmeregelung macht deutlich, dass auch der Artenschutz im Verhältnis zu anderen Gütern zurücktreten kann. Bei der Menge des in Deutschland vorhandenen sowohl gehaltenen als auch freilebenden Damwildes würde der Riss eines oder einiger Exemplare aber

¹⁰ Vgl. Art. 9 Abs. 1 Nr. 1 der Berner Konvention und EuGH, Urt. v. 14.6.2007 (C-342/05)

artenschutzrechtlich gänzlich irrelevant sein, so dass die artenschutzrechtliche Abwägung im Ergebnis zu Gunsten des selteneren und streng geschützten Wolfes ausgeht. Vieh hat artenschutzrechtlich in der Regel (vgl. aber unten f, aa und cc) ohnehin von vornherein keine Relevanz.

cc) § 68 BNatSchG stünde einer Notstandshandlung nicht entgegen. Danach führen Beschränkungen des Eigentums, die sich aus dem BNatSchG ergeben, zu einem Anspruch auf eine angemessene Entschädigung, wenn sie im Einzelfall eine unzumutbare Belastung darstellen. Diese Vorschrift regelt aber nur die Rechtsfolge für naturschutzrechtliche Beschränkungen, kann jedoch den gerechtfertigten Eingriff in den Artenschutz aufgrund des § 34 StGB nicht verhindern. Außerdem ist bereits fraglich, ob das Tötungsverbot überhaupt eine „Beschränkung des Eigentums“ darstellt, weil es sich auf die wildlebende Tierart bezieht und nur mittelbar auf das Eigentum einer Person. Ersatzzahlungen für gerissene Haustiere werden daher auch nicht als Rechtsverpflichtung, sondern von den Ländern regelmäßig als freiwillige Zahlungen geleistet¹¹.

dd) Ein **wirtschaftlicher Wert** lässt sich schwer gegenüberstellen, da ein frei lebender Wolf keinen eigentlichen Handelswert besitzt. Jedenfalls kann festgestellt werden, dass auch zumindest der reine Schlachtwert (ca. 200 EUR) wohl als unwesentlich gegenüber dem Interesse am Artenschutz zurücktritt. Landwirtschaftliche Nutztiere stellen für den Landwirt lediglich eine Produktionsgrundlage und einen wirtschaftlichen Wert ohne besonderes Interesse am einzelnen Individuum dar. Bei einer erheblichen Verletzung durch den Wolf würde das Nutztier in der Regel notgeschlachtet werden. Die Tötung des Wolfes würde daher den Wertverlust und damit die Beeinträchtigung des Eigentums nicht mehr verhindern. Insoweit wäre sie daher nicht einmal erforderlich im Sinne der Rechtfertigungsgründe. Aber auch hinsichtlich der noch zu rettenden Tiere wird der reine wirtschaftliche Schaden von den Ländern erstattet. Die Hinnahme des konkreten Eigentumsverlustes ist bei allgemeinem Gatterwild durch die Sozialbindung des Eigentums gedeckt, ebenso wie der Landwirt einen gewissen Fraßschaden von ganzjährig geschonten Gänsen aufgrund der abschließenden Regelungen über den Wildschadensersatz hinzunehmen hat.

Dabei kommt es auch nicht darauf an, dass sich in einem Weidebetrieb/einer Gatterhaltung trotz ordnungsgemäßer Schutzmaßnahmen bereits in der Vergangenheit Wolfsrisse ereignet haben und es dem Landwirt nicht zugemutet werden kann, wiederholt einen für sich genommen geringen Schaden hinzunehmen. Da sich die Notstandshandlung immer auf die „gegenwärtige Gefahr“ bezieht, ist es für die Abwägung nicht zulässig, aus vorangegangenen Schadensereignissen einen kumulierten Gesamtschaden anzunehmen. Ein „das Fass zum überlaufen“ bringender kleiner Schaden ist nur als solcher in der Güterabwägung zu berücksichtigen; vorausgehende Schäden bleiben außer Betracht.

¹¹ z.B. RdErl. des MLU über den „Ausgleich für Sachschäden durch Großraubtiere“ vom 6.5.2015 (MBL LSA S. 306); II, 1.2 der Niedersächsischen „Richtlinie Wolf“ vom 6.11.2014 (Nds. MBL S. 755, 802). Weitergehend § 40 Abs. 6 SächsNatSchG

ee) **Zwischenergebnis**

Nach dieser - hier nicht vertretenen - Rechtsauffassung wäre der Abschuss eines Wolfes durch den Notstand nach § 34 StGB nicht gerechtfertigt, weil der Schutz des Gatterwildes das Artenschutzinteresse nicht wesentlich überwiegt. Im besonderen Ausnahmefall wird man allerdings auch insoweit zu einem anderen Ergebnis kommen müssen, nämlich wenn der Abschuss des Wolfes bereits durch staatliche Entscheidung ohnehin angeordnet wurde. Auch wenn der Vollzug in anderen (vermutlich staatlichen) Händen gelegen hätte, besaß der konkrete Wolf keinerlei artenschutzrechtliche Relevanz mehr, so dass in diesem Fall die Güterabwägung zu Gunsten des Viehs/Gatterwildes ausgeht.

d) **Bedeutung des § 34 Satz 2 StGB**

Neben der Güterabwägung nach § 34 Satz 1 StGB verlangt dessen Satz 2, dass die Tat ein **angemessenes Mittel** darstellt, um die Gefahr abzuwenden. Sofern eine Güterabwägung stattgefunden hat (vgl. c), die ja gerade die Angemessenheit des Mittels zum geschützten Rechtsgut in Relation gestellt hat¹², kommt diesem Satz eine eigenständige Bedeutung nur insoweit zu, als es besondere Umstände¹³ unangemessen erscheinen lassen, eine Rechtfertigung zu bejahen. Führt hingegen die Güterabwägung bereits dazu, dass die Handlung ohnehin nicht als Notstand gerechtfertigt ist (hier also das Interesse am Schutz des Damwildes nicht deutlich überwiegt), bedarf es keiner weiteren Prüfung gemäß Satz 2.

Bei der hier vertretenen Auffassung allerdings, dass der Artenschutz als öffentlicher Belang einer Güterabwägung nicht zugänglich ist (vgl. b), stellt Satz 2 ein maßgebliches Korrektiv für alle Fälle dar, in denen die Annahme einer Rechtfertigung nicht nachvollziehbar, die Berufung auf den Notstand nahezu rechtsmissbräuchlich wäre, also für "unerträgliche Grenzfälle"¹⁴. So könnte ohne die Einschränkung in Satz 2 der streng geschützte Wolf beispielsweise bereits dann getötet werden, wenn dies zum Schutz des Eigentums an einem Hauskaninchen oder Meerschweinchen erforderlich wäre. Deshalb ist zu entscheiden, ob es angemessen wäre, einen Wolf zu töten, um das Leben eines bereits angegriffenen Stückes Damwild oder weiterer Stücke in dem Gatter zu schützen. Dies wird man aus den unter c, dd) genannten Gründen verneinen müssen. Gerade im Hinblick auf die von den Ländern zur Erhaltung des Wolfes gewährten Entschädigungen¹⁵ wäre es unangemessen, zur Rettung des rein wirtschaftlichen Schlachtwertes (des möglicherweise ohnehin bereits verletzten Viehs/Damwildes) einen Wolf zu töten. Hierdurch wird aber zugleich deutlich, dass die „freiwilligen Ausgleichszahlungen“ der Länder geradezu die Voraussetzung für den Ausschluss eines Notstandsrechts darstellen. Eine Tötung des Wolfes ist insbesondere auch dann unangemessen, wenn der Damwildhalter keine zumutbaren Schutzmaßnahmen vorgenommen hat. Da Damwildgehege ohnehin gegen den Ausbruch der Tiere umfangreich

¹² Schönke/Schröder/Perron, StGB, 29. Aufl. 2014, Rdn. 46 spricht dem Satz 2 daher jede eigenständige Bedeutung ab

¹³ Z.B. bei Personen, die durch Gesetz oder Vertrag Schutzpflichten für das andere Rechtsgut tragen, wenn die Notstandssituation schuldhaft selbst verursacht wurde insbesondere der Wolf angelockt wurde, um die Notstandssituation hervorzurufen.

¹⁴ So Leipold/Hauck, StGB, 2. Aufl., § 34 Rdn. 22

¹⁵ Vgl. Fn. 16

gegattert werden müssen, erscheint ein zusätzlicher Schutz zur Abhaltung eines Wolfes zumutbar, zumal auch solche Präventionsmaßnahmen von den Ländern gefördert werden¹⁶. Hinzu kommt, dass Haltungseinrichtungen auf der Grundlage der Richtlinie 98/58/EG¹⁷ gemäß § 2 TSchG i.V.m. § 3 Abs. 2 Nr. 3 Tierschutznutztierversordnung¹⁸ so ausgestaltet sein müssen, dass die gehaltenen Tiere, soweit möglich, vor Beutegreifern geschützt werden¹⁹.

e) Ergebnis

Selbst für den Fall, dass erforderliche Abschreckungsmaßnahmen versagen, wäre der Abschuss eines Wolfes zur Rettung von zur Schlachtung vorgesehenem Vieh/Gatterwild durch den Notstand nach § 34 StGB nicht gerechtfertigt, wenn eine angemessene Entschädigung geleistet wird, weil in diesem Fall der Schutz des Gatterwildes unangemessen wäre.

f) Fallvarianten

aa) Handelt es sich bei dem zu schützenden Damwild nicht um normale zur Schlachtung vorgesehene Stücke, sondern um einen wertvollen Zuchthirsch, dürfte im Fall der Güterabwägung das Interesse am Schutz des Hirsches das Interesse am strengen Artenschutz des Wolfes wohl noch nicht deutlich überwiegen. Bei der hier vertretenen Auffassung hingegen käme es allein auf die Unangemessenheit der Notstandshandlung an. Eine solche wäre wohl nach den zuvor genannten Kriterien (vgl. c, aa, bb und dd) im Hinblick auf den hohen wirtschaftlichen Wert (ca. 1.500 EUR) und das besondere Zuchtinteresse des Besitzers trotz etwaiger Entschädigungszahlungen abzulehnen, weil die Beweislast für einen Entschädigungsanspruch beim Geschädigten liegt und das beeinträchtigte Zuchtinteresse nicht durch eine Geldzahlung in Höhe des Marktwertes ausgeglichen wird. Insoweit ist noch einmal besonders darauf hinzuweisen, dass die FFH-Richtlinie i.V.m. § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG von ihrer Zielrichtung den Erhalt der Population des Wolfes schützt, nicht das Einzelexemplar. Wenn gemäß 3.3 des Managementplans zwischen 2000 und 2013 nachweislich über 250 Wolfswelpen geboren wurden, und es gemäß Nr. 8.3 des Managementplans zwischen 2006 und 2013 nur 28 Totfunde gab, erscheint der Abschuss einzelner Wölfe in den seltenen Fällen einer Notstandshandlung für die Population unerheblich. Dieses Ergebnis widerspricht auch nicht dem EU-Recht, weil im konkreten Einzelfall der Notstandssituation eine Ausnahme nach Art. 16 Abs. 1 Buchst. b) FFH-Richtlinie hätte gewährt werden können. Voraussetzung allerdings ist, dass zumutbare fachgerechte Schutzmaßnahmen vorgenommen wurden und der Hirsch nicht bereits so schwer verletzt wurde, dass er unter tierschutzrechtlichen Gesichtspunkten ohnehin hätte eingeschläfert werden müssen.

¹⁶ z.B. Nr. 3 der „Richtlinie Herdenschutz“ des Landes Sachsen-Anhalt, Erl. des MLU v. 1.2.2014, MBl. LSA S. 584; III, Nr. 2.1.1 der Niedersächsischen „Richtlinie Wolf“ (vgl. Fn. zuvor).

¹⁷ des Rates vom 20.07.1998 über den Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere (ABl. EG Nr. L 221 S. 23) zuletzt geändert durch Verordnung (EG) des Rates vom 14.04.2003 (ABl. EU Nr. L 122 S. 1)

¹⁸ Verordnung zum Schutz landwirtschaftlicher Nutztiere und anderer zur Erzeugung tierischer Produkte gehaltener Tiere bei ihrer Haltung vom 22.8.2006 (BGBl. I S. 2043), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14.4.2016 (BGBl. I S. 758)

¹⁹ zur Cross-Compliance-Relevanz vergleiche den niedersächsischen Runderlass des ML vom 9.1.2017 (Nds. MBl. S. 114)

bb) Im Rahmen der Handlungsalternativen könnte es im Einzelfall genügen, den Wolf nicht zu töten, sondern lediglich zu vergrämen. Wie bereits ausgeführt, wäre in diesem Fall die Tötung nicht erforderlich und damit nicht über den Notstand gerechtfertigt. Sofern eine solche Vergrämung aber nicht allein durch ein Verscheuchen (Annäherung des Menschen, Rufe, Warnschuss) möglich ist, sondern eine körperliche Einwirkung auf den Wolf (Gummigeschoss, Narkosegeschoss, Schlag mit dem Hirtenstock) erfordert, würde dies möglicherweise bereits gegen das Verbot des Verletzens (§ 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG) verstoßen und ebenfalls einen Straftatbestand (§ 71 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 69 Abs. 2 Nr. 1 BNatSchG) verwirklichen. In diesem Fall würde sowohl die Güterabwägung nach § 34 Satz 1 StGB als auch die Prüfung der Angemessenheit nach § 34 Satz 2 StGB zu dem Ergebnis kommen, dass der Schutz des Gatterwildes wesentlich überwiegt und eine solche Notstandshandlung nicht unangemessen wäre. Bei der nur geringfügigen Beeinträchtigung des Wolfes ohne Beeinträchtigung der Population insgesamt wäre es aus der rechtspolitischen Gesamtschau nicht vertretbar, dass der Gatterhalter der Vernichtung seines Tierbestandes tatenlos zuschauen müsste. Gleiches gilt für ein grundsätzlich verbotenes und strafbares Fangen des Wolfes in einer Lebendfangfalle innerhalb des Wildgatters. Deshalb wäre es zulässig, solche Fallen mit attraktiven Fleischködern innerhalb des Gatters aufzustellen, wobei dies nicht dazu führen darf, dass hierdurch Wölfe außerhalb des Gatters angelockt werden.

cc) Die Ausführungen zum Gatterwild gelten weit gehend für Vieh, wie Schafe, Ziegen und Rinder, entsprechend. Abweichend hiervon kann allerdings die "gegenwärtige Gefahr" (vgl. 3a) bereits dann vorliegen, wenn sich der Wolf auch noch außerhalb eines normalen Weidezaunes aufhält, weil dieser für einen Wolf keinerlei Hindernis darstellt. Darüber hinaus ist bei der Frage der zumutbaren Zäunung (vgl. d Abs. 2) zu berücksichtigen, dass der Mehraufwand für die Errichtung eines wolfsicheren Zaunes gegenüber einem einfachen Weidezaun deutlich größer ist als die entsprechende Ertüchtigung eines ohnehin bereits hohen Wildgatterzaunes. Zumutbar ist die Errichtung eines wolfsicheren Zaunes daher nur, wenn er rechtlich überhaupt zulässig ist und die Baukosten vom Land übernommen oder zumindest angemessen bezuschusst werden. Bei der Güterabwägung nach § 34 Satz 1 StGB bzw. bei der Bewertung der Angemessenheit nach § 34 Satz 2 StGB kann bei seltenen und alten Haustierrassen besonders zu berücksichtigen sein, dass unter Gesichtspunkten der Arterhaltung das Interesse an der Erhaltung einzelner Exemplare dieser Haustierrassen das Interesse am Schutz eines Wolfes bereits deshalb wesentlich überwiegt, weil die Haustierrassen in ihrem Bestand gefährdeter ist als die gegenwärtig deutlich wachsende Population der Wölfe.

2. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Herdenschutzhunden

Werden innerhalb des Damwildgatters zum Schutz der Tiere vor Wölfen Herdenschutzhunde eingesetzt, wird es beim Eindringen von Wölfen in das Gatter zu einer Auseinandersetzung zwischen Hund und Wolf kommen, sodass sich insoweit die Frage stellt, ob im Fall der nicht anders abwendbaren Gefahr für den Hund ein Abschuss des Wolfes gerechtfertigt ist.

a) Die bei der Güterabwägung zwischen Wolf und Damwild (vgl. oben 1c) zugunsten des Damwildes sprechenden Erwägungen sind bei Hunden wie folgt zu ergänzen:

aa) Geht man davon aus, dass sich Wolf und Hund einen längeren Kampf liefern, an dessen Ende einer der beiden verenden wird und demgegenüber der Abschuss des Wolfes zu einem schnellen Tod führt, spricht bereits der Tierschutzgedanke zu Gunsten des Hundes. Denn nach den Vorgaben des § 1 Satz 2 TSchG gilt, dass das schnelle Töten eines Tieres einem vermeidbaren Tierleid mit Todesfolge vorzuziehen ist.

bb) Ferner ist zu berücksichtigen, dass es sich in den absolut seltenen Ausnahmefällen, in denen ein Wolf in ein durch Herdenschutzhund geschütztes Damwildgatter eindringt und trotz Erscheinens des Menschen bis hin zum Warnschuss nicht vom Hund ablässt, um ein atypisches Verhalten des Wolfes handeln muss. Insoweit ist es nahe liegend, dass er krankheitsbedingt (Tollwut) oder aufgrund einer Habituation die Scheu vor dem Menschen verloren hat oder in besonderer Weise aggressiv ist. Diese Einzelexemplare können sogar nach den Leitlinien und Managementkonzepten der Länder der Natur entnommen werden²⁰. Solche in dieser Art gefährlichen Wölfe stellen nicht nur eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dar, sondern insgesamt auch für die staatlichen Konzepte zur Rückkehr der Wölfe in Deutschland. Artenschutzrechtlich sind sie daher kontraproduktiv, zumindest aber nur von einem geringen Wert.

cc) Der wirtschaftliche Wert eines als Herdenschutzhund ausgebildeten Hundes ist so erheblich, dass er gegenüber dem Interesse am Artenschutz bereits wesentlich überwiegt. Neben dem reinen wirtschaftlichen Wert am Hund ist außerdem das besondere Verhältnis zwischen dem Hundehalter und dem Herdenschutzhund zu berücksichtigen. Dieses baut sich über eine lange Zeit auf und begründet eine enge Beziehung zwischen dem Team Mensch/Hund. Dieses Vertrauensverhältnis und damit auch der Erfolg des Hundeeinsatzes, der sogar von den Ländern zum Schutz gegenüber dem Wolf empfohlen wird, lässt sich durch die Neubeschaffung eines entsprechenden Hundes über lange Zeit nicht kompensieren. Hinzu tritt das emotionale Interesse an dem konkreten Hund, welches durch einen neuen Hund zwar in Vergessenheit geraten aber nie ersetzt werden kann. Individualrechtsgüter schlagen nicht nur als Rechnungsposten im Güterhaushalt der Allgemeinheit zu Buche, sondern sind gerade in ihrer Zuordnung zu dem Einzelnen geschützt²¹.

dd) Eine Güterabwägung würde daher im Ergebnis dazu führen, dass das Schutzinteresse des Hundehalters das artenschutzrechtliche Interesse an der Erhaltung des Wolfes „wesentlich überwiegt“²². Entsprechendes würde für den ausgebildeten Hütehund eines Schäfers oder den ausgebildeten Schweißhund eines Jägers gelten.

b) Hinsichtlich eines Herdenschutzhundes könnte die rechtfertigende Notstandshandlung allerdings an dem zusätzlichen Erfordernis des § 34 Satz 2 StGB scheitern: Wird der Herdenschutzhund nicht nur innerhalb eines grundsätzlich wolfsdichten Gatters eingesetzt,

²⁰ vgl. 4.3 und 5.4 des Managementplans für den Wolf in Sachsen

²¹ Lenckner, in: Schönke/Schröder, Kommentar StGB, München 1997, § 34 Rdn. 33

²² So auch Schumacher, <http://www.atsenzagp.org/index.php/it-IT/153-unbewilligter-wolfsabschuss-ist-straflos-moeglich>, für das Notstandsrecht in der Schweiz

um den Wolf bereits am Eindringen zu hindern, sondern innerhalb einer einfachen Zäunung, bei dem mit dem Eindringen des Wolfes gerechnet werden muss, und wird der Herdenschutzhund bewusst dafür eingesetzt, im Ernstfall den Kampf mit dem Wolf aufzunehmen, wäre die Notstandssituation, also die Gefahr für den Hund vom Hundehalter provoziert und bewusst eingegangen worden. Zwar schließt auch eine schuldhafte Herbeiführung der Notstandslage die Anwendung des § 34 StGB nicht generell aus²³, dies ist jedoch in die Interessenabwägung einzubeziehen, sodass es in diesem Fall unangemessen wäre, sich auf den Notstand zu berufen. Dies wäre vergleichbar mit dem Einsatz von Hunden für die Wolfsjagd in Schweden. Voraussetzung wäre allerdings auch hier, dass der Wert eines getöteten Herdenschutzhundes durch den Staat ersetzt wird.

3. Rechtfertigungsgründe zum Schutz von Personen

Kommt es bei dem Versuch, den Wolf aus dem Gatter zu vertreiben, zu einer gegenwärtigen Gefahr für einen Menschen, in dem dieser vom Wolf direkt angegriffen wird, wäre der Abschuss sowohl im Rahmen der Güterabwägung als auch einer Angemessenheitsprüfung als Notstandshandlung gerechtfertigt, unabhängig davon, ob sich der Betroffene durch Betreten des Gatters bewusst in eine entsprechende Gefahr begeben hat. Dem Schützen wäre es nicht zumutbar, auch nur das Risiko seiner eigenen Verletzung oder der Verletzung einer anderen Person einzugehen. Die Frage der Erforderlichkeit eines vorausgehenden Warnschusses ist von der konkreten Situation abhängig.

4. Ausnahmegenehmigung

Die Frage, ob eine grundsätzlich strafbare Handlung durch einen „Notstand“ gerechtfertigt ist, ist aufgrund der Einstufung des Artenschutzes als Faktor der Güterabwägung, der etwaigen Gewichtung bei der Güterabwägung sowie der Frage der Angemessenheit sowohl in der rechtlichen Bewertung als auch in der Beurteilung der konkreten tatsächlichen Situation rechtlich nicht zuverlässig im Voraus zu beurteilen. Auch im System der Strafverfolgungsbehörden ist eine Vorausprüfung bestimmter Handlungen in bestimmten Situationen nicht vorgesehen. Der einzelne trägt damit das Risiko, insbesondere in einer möglicherweise verbleibenden sehr kurzen Zeit aufgrund einer Fehleinschätzung strafbar zu handeln. Im Interesse der Rechtssicherheit wäre es daher ratsam, für konkrete Situationen eine bedingte jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung gemäß § 2, Abs. 2 SächsJagdG zu beantragen²⁴. Eine solche Ausnahmegenehmigung steht im pflichtgemäßen Ermessen der Jagdbehörde im Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde. Aufgrund der Möglichkeit zur Ersatzbeschaffung gerissener Tiere dürfte eine Ermessensreduzierung auf Null, also ein Anspruch auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung, nur für Extremfälle (wertvolle Zuchttiere, seltene Haustierrassen, Hochwertige Tiere wie Sportpferde) begründet sein. Die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung könnte rechtspolitisch aber dazu führen, den Widerstand der betroffenen Tierhalter gegen die Rückkehr des Wolfes zu beseitigen und zur Befriedung der Diskussion beitragen.

²³ Leipold/Hauck, StGB, 2. Aufl., § 34 Rdn. 19; Erb in Münchener Kommentar zum StGB, 3. Auflage 2017, Rdn. 142

²⁴ Dies entspricht in anderen Bundesländern der artenschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung gemäß § 45 Abs. 7 Satz 1 Nrn. 1 und 5, Satz 2 und 3 BNatSchG

Sollte der Antrag abgelehnt werden, steht dies allerdings der vorgenannten Bewertung als Notstandshandlung nicht entgegen! Denn der Antrag auf eine Ausnahmegenehmigung ist auf Grund des Handlungsermessens der Behörde nicht das in der Rechtsordnung ausschließlich vorgesehene geordnete Verfahren zur Abwendung der vom Wolf ausgehenden Gefahren, sodass keine Sperrwirkung gegenüber der Notstandshandlung entsteht²⁵.

5. Zusammenfassung

Der Wolf ist eine streng geschützte Tierart. Die Tötung oder Verletzung stellt eine Straftat dar. Ist die Tötung oder Verletzung eines in ein Wildgatter eingedrungenen Wolfes jedoch erforderlich, um das Damwild zu retten, kann die Tat als Notstandshandlung nach § 34 StGB gerechtfertigt sein.

Der Artenschutz ist kein Individualrechtsgut und ist daher in die Güterabwägung des § 34 Satz 1 StGB nicht einzubeziehen. Der Schutz des Eigentums hat daher Vorrang. Nach § 34 Satz 2 StGB darf die Notstandshandlung aber nicht unangemessen sein, also die Tötung oder Verletzung des Wolfes nicht völlig außer Verhältnis zu den Eigentumsinteressen des Vieh-/Wildhalters stehen.

Bei einem zur Schlachtung vorgesehenen Stück Vieh/Wild wird das reinwirtschaftliche Schutzinteresse des Halters durch die Zahlungen der Länder ausgeglichen. Insoweit wäre daher der Abschuss eines streng geschützten Wolfes unangemessen und deshalb nicht gerechtfertigt.

Handelt es sich hingegen um ein wertvolles Zuchttier, Tiere einer sehr seltenen Haustierrasse oder erfolgt die Notstandshandlung zu Gunsten eines ausgebildeten und damit wertvollen Hundes, wäre deren Rettung durch Abschuss des Wolfes nicht unangemessen, daher gerechtfertigt und nicht strafbar. Dies gilt ausnahmsweise für einen Herdenschutzhund nicht, wenn es an einer sachgerechten Zäunung fehlt, beim Auftreten des Wolfes mit einem Kampf zwischen ihm und dem Herdenschutzhund zu rechnen ist und der Hund gerade zu diesem Zweck eingesetzt wird.

Eine Tötung oder schwere Verletzung des Wolfes entfällt, wenn eine Vergrämnungsmaßnahme zum Schutz des Gatterwildes, Viehs oder des Hundes genügt. Dies gilt auch in den Fällen, in denen es zu einer leichten Verletzung des Wolfes kommt; diese wiederum wäre über den Notstand gerechtfertigt.

Aus Gründen der Rechtssicherheit ist es ratsam, für die Fälle der gerechtfertigten Notstandshandlung eine jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung zu beantragen. Wird diese abgelehnt, entfällt der rechtfertigende Notstand nach § 34 StGB jedoch nicht.

²⁵ Vgl. zu dieser Sperrwirkung Erb a.a.O. Rdn. 190 ff

C. Normative Folgerungen

1. Artenschutzrechtliche Ausnahmereverordnung

Im Entschließungsantrag Drucksache 6/12761 fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Erlass einer Rechtsverordnung über die Zulassung von Ausnahmen von den Schutzvorschriften über den Wolf im Sinne von § 45 Abs. 7 Satz 3 BNatSchG. Eine solche artenschutzrechtliche Verordnung würde dem Grundsatz der Trennung der Rechtskreise Jagd und Naturschutz widersprechen. Nachdem der Wolf in Sachsen 2012 dem Jagdrecht unterstellt wurde, handelt es sich bei den entsprechenden Regelungen im SächsJagdG um Spezialregelungen gegenüber dem Naturschutzrecht, weil sich das Jagdrecht nur auf Wild (also eine begrenzte Menge der wild lebenden Tiere) und auf einen bestimmten Personenkreis (befugte Jäger) bezieht. Soweit das Jagdgesetz Regelungen enthält einschließlich bewusster Lücken, kommt einer Verordnung auf der Grundlage des Naturschutzrechts nicht in Betracht. Selbst wenn man die Unberührtheitsklausel des § 37 Abs. 2 BNatSchG eng auslegen wollte und deshalb eine artenschutzrechtliche Ausnahmereverordnung zwar für zulässig erachten würde, der dann aber die konkreten jagdrechtliche Normen vorgehen, wäre eine solche Regelung in 2 Rechtskreisen im Interesse der Rechtsklarheit der Normadressaten nicht empfehlenswert.

2. Jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung

Für die in Abschnitt 1 Nr. 6 erwähnte jagdrechtliche Ausnahmegenehmigung besteht bereits eine gesetzliche Rechtsgrundlage in § 22 Abs. 2 SächsJagdG. Danach kann die Jagdbehörde im Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde im Einzelfall die Erlegung von Wild nach Anhang IV Buchst. a der Richtlinie 92/43/EWG (also von Wölfen) aus den in Artikel 16 Abs. 1 Buchst. b und c der Richtlinie 92/43/EWG genannten Gründen zulassen. Art. 16 Abs. 1 Buchst. b FFH-Richtlinie erlaubt Ausnahmen "zur Verhütung ernster Schäden insbesondere ... in der Tierhaltung ... sowie alle sonstigen Formen von Eigentum", Art. 16 Abs. 1 Buchst. c) FFH-Richtlinie "im Interesse der Volksgesundheit und der öffentlichen Sicherheit oder aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art oder positiver Folgen für die Umwelt".

Zum Schutz von Gatterwild, Vieh und Hunden greift Art. 16 Abs. 1 Buchst. b) FFH-Richtlinie ein. Die Jagdbehörde kann daher bereits jetzt die notwendigen Entscheidungen treffen. Da das Jagdrecht zum übertragenen Wirkungskreis der Jagdbehörde gehört, genügt es, zur Gewährleistung eines einheitlichen Verwaltungshandelns im Land und zur Berücksichtigung politisch gewollter Grenzen bei der Erteilung von Ausnahmen, einen Erlass des Ministeriums an die Jagdbehörde herauszugeben. Die Verabschiedung einer Ausnahmereverordnung mit dem Ziel der Normierung von Restriktionen ist deshalb nicht erforderlich.

3. Jagdrechtliche Ausnahmereverordnung

Bei zunehmenden Wolfsbeständen könnte es für bestimmte Sachverhalte, für die Einzelausnahmen erteilt werden sollen, zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung führen, wenn diese Sachverhalte abstrakt-generell durch eine Ausnahmereverordnung geregelt werden,

so wie dies entsprechend bei Verordnungen nach § 45 Abs. 7 BNatSchG²⁶ der Fall ist. Hierzu bedürfte es allerdings einer entsprechenden Ermächtigungsgrundlage zum Beispiel in § 22 SächsJagdG:

„Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Erlegung von Wild nach Anhang IV Buchst. a der Richtlinie 92/43/EWG aus den in Artikel 16 Abs. 1 der Richtlinie 92/43/EWG genannten Gründen zulassen.“

In einer solchen Verordnung könnte dann der Abschuss von Wölfen in bestimmten durch Art. 16 Abs. 1 der FFH-Richtlinie gedeckten Fällen für einen bestimmten Personenkreis (befugte Jäger) allgemein geregelt werden. Solche Regelungen könnten sich beispielsweise beziehen auf

- das Erlegen schwer kranker Wölfe, um sie vor vermeidbaren Schmerzen oder Leiden zu bewahren, soweit dies nicht ohnehin nach § 22a BJagdG zulässig ist,
- das Erlegen von Wölfen in Regionen mit offener Weidetierhaltung,
- das Erlegen von Wölfen in Muffelwildgebieten,
- das Erlegen von Wölfen, die in ein gesichertes Vieh-/Wildgatter eingedrungen sind,
- in den Grenzen einer Abschussplanung das Erlegen von Wölfen, die sich in eine zu bestimmende Schutzzone um Weidetierhaltung hinein bewegen.

4. Weiterer vorsorglicher Änderungsbedarf

Bei Erreichen eines günstigen Erhaltungszustandes der Wolfspopulation und deren weiteren Anwachsen ist es, auch ohne Überführung des Wolfes in Anhang V der FFH-Richtlinie, im Rahmen der Ausnahmeverordnung des Art. 16 FFH-Richtlinie zulässig, Wölfe zu erlegen. Für die in diesem Fall zunehmenden Einzelgenehmigungen oder die Genehmigungen im Rahmen einer jagdlichen Ausnahmeverordnung (vgl. 3.) erscheint es sinnvoll, Mechanismen der Begrenzung und Kontrolle in das Jagdgesetz aufzunehmen. Insoweit könnte dem Wolf zunächst einmal in § 4 der Sächsischen Jagdverordnung eine Jagdzeit eingeräumt werden, um das Erlegen von Wölfen außerhalb einer konkreten Gefahrensituation auf wildbiologisch vertretbare Jahreszeiten zu begrenzen. Um damit keine allgemeine Jagd zu ermöglichen, ist es parallel dazu erforderlich, den Wolf der Abschussplanung zu unterstellen, so dass Wölfe nur im Rahmen einer solchen Planung erlegt werden dürfen. Über dieses Instrument wäre es möglich, die im Land Sachsen zu entnehmende Gesamtzahl durch ministerielle Vorgabe zu begrenzen und auf die Jagdbehörden nach Maßgabe bestimmter Kriterien (z.B. Regionen mit offener Weidetierhaltung oder Muffelwildgebiete) zu verteilen. Darüber hinaus im Land erlegte Problemwölfe könnten im Rahmen der Abschussplanung des nächsten Jahres berücksichtigt werden.

²⁶ Vgl. z.B. Sächsische Kormoranverordnung vom 24. Januar 2007 (SächsGVBl. S. 26), die zuletzt durch die Verordnung vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 437) geändert worden ist

Ergänzende Zusatzfragen:

1. Kann der sächsische Landesgesetzgeber der brandenburgischen Wolfsverordnung vergleichbare Regelungen erlassen und welche Vorteile böte eine solche Verordnung gegebenenfalls den von Wolfsrissen betroffenen sächsischen Weidetierhaltern?

Verordnungen bedürfen einer ausreichend bestimmten Ermächtigung im Gesetz (Art. 75 Abs. 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen). Der Gesetzgeber ist frei in der Entscheidung, ob er eine Regelung selbst in einem Gesetz vornimmt oder in diesem die Exekutive ermächtigt. Dies gilt selbst für den Fall, dass der Bund in einem Bundesgesetz die Landesregierung zum Erlass einer Rechtsverordnung ermächtigt (Art. 80 Abs. 4 GG). Formal könnte daher der Landesgesetzgeber eine der brandenburgischen Wolfsverordnung vergleichbare Regelung durch Gesetz verabschieden.

Im 2. Teil geht die Frage allerdings davon aus, dass es sich um eine sächsische Verordnung handeln soll. Eine solche könnte der Landesgesetzgeber nicht verabschieden. Insoweit könnte er aber die Landesregierung unter Vorgaben zu Inhalt, Zweck und Ausmaß ermächtigen und damit den Rahmen der Regelungen in der Verordnung vorgeben.

In Brandenburg unterliegt der Wolf nicht im Jagdrecht, sondern im Naturschutzrecht. Die Brandenburgische Wolfsverordnung beruht daher auf der Ermächtigungsgrundlage des § 45 Abs. 7 Satz 4 BNatSchG. Bei ihr handelt es sich um eine Regelung des Artenschutzes. Auf dem Gebiet des Artenschutzes besteht die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes ohne Abweichungsrecht der Länder (Art. 72 Abs. 3 Nr. 2 GG). Der brandenburgische Gesetzgeber wäre also mangels Gesetzgebungskompetenz nicht befugt gewesen, eine entsprechende Regelung durch Gesetz zu verabschieden.

In Sachsen hingegen unterliegt der Wolf im Jagdrecht. Gemäß § 37 Abs. 2 BNatSchG bleiben die Vorschriften des Jagdrechts von den Vorschriften des Kapitels 5 (Schutz der wildlebenden Tier- und Pflanzenarten, ihrer Lebensstätten und Biotope) des Bundesnaturschutzgesetzes, also von den artenschutzrechtlichen Bestimmungen, unberührt. Dies betrifft nicht nur das Bundesrecht, sondern auch das Landesrecht. Landesrechtlichen Bestimmungen im Jagdgesetz bleiben daher unberührt, werden also nicht vom Bundesnaturschutzgesetz verdrängt. Voraussetzung aller landesrechtlichen Vorschriften, unabhängig ob durch Gesetz oder Verordnung, müssen allerdings den europarechtlichen Vorgaben der FFH-Richtlinie entsprechen.

Sofern der sächsische Landesgesetzgeber eine Verordnungsermächtigung beabsichtigen und sich diese an den Rahmen des § 45 Abs. 7 BNatSchG halten sollte, wäre eine solche Regelung nicht erforderlich, weil bereits die bundesrechtliche Regelung des § 45 Abs. 7 Satz 4 BNatSchG als Ermächtigung herangezogen werden könnte. Denn unabhängig davon, dass der Wolf dem Jagdrecht unterliegt, unterliegt er auch dem Naturschutzrecht/Artenschutzrecht, soweit das Jagdrecht keine Sondervorschriften enthält. In dieser Verordnung könnte dann auch die Zuständigkeit geregelt werden, weil dies allein eine Länderangelegenheit betrifft. Es wäre daher auch möglich, in einer Wolfsverordnung auf der Grundlage des Bundesnaturschutzgesetzes die Jagdbehörden für zuständig zu erklären.

Allerdings könnte es von Interesse sein, den Rahmen der möglichen Ausnahmebestimmungen nach Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie landesrechtlich auszuschöpfen. Denn die Ermächtigung des § 45 Abs. 7 BNatSchG erfasst in seinen 5 Voraussetzungen einer Verordnung über Ausnahmen von den artenschutzrechtlichen Verboten nicht den Ausnahmetatbestand des Art. 16 Abs. 1 Buchst. e) FFH-Richtlinie:

"... um unter strenger Kontrolle, selektiv und in beschränktem Ausmaß die Entnahme oder Haltung einer begrenzten und von den zuständigen einzelstaatlichen Behörden spezifizierten Anzahl von Exemplaren bestimmte Tier- und Pflanzenarten des Anhangs IV zu erlauben."

Der Landesgesetzgeber könnte daher das Landesministerium unter Erweiterung der bundesrechtlichen Ermächtigungen ermächtigen, Ausnahmen von den artenschutzrechtlichen Verboten zuzulassen.

Der Freistaat Sachsen hätte somit Folgende Möglichkeiten:

- a) Wahrnehmung der Verordnungsermächtigung in § 45 Abs. 7 Satz 4 BNatSchG,
- b) Ergänzung der bundesrechtlichen Ermächtigung im Landesjagdgesetz um die vorgenannte Voraussetzung und Wahrnehmung dieser erweiterten Verordnungsermächtigung,
- c) eigenständige und unmittelbare Regelung im Landesjagdgesetz,
- d) wesentliche Regelungen unmittelbar im Landesjagdgesetz nebst Verordnungsermächtigung für weitere Einzelheiten.

Eine der brandenburgischen Verordnung entsprechende landesrechtliche Regelung bietet den Vorteil, dass unabhängig von den Voraussetzungen des Notstands nach § 34 StGB Ausnahmen von den artenschutzrechtlichen Verboten zugelassen werden können, also von den Ausnahmen des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie durch abstrakte Rechtsnorm Gebrauch gemacht wird, ohne jedes Mal im Einzelfall eine Verwaltungsentscheidung nach § 45 Abs. 7 Satz 1 BNatSchG treffen zu müssen. Sie dient also der Verwaltungsvereinfachung und erhöht die Rechtssicherheit für die handelnden Personen. Ob die Inhalte der brandenburgischen Wolfsverordnung ausreichen oder im Rahmen der Vorgaben der FFH-Richtlinie modifiziert werden, ist eine politische Entscheidung in Sachsen.

2. Ist eine Absenkung des derzeitigen Standards für die im Freistaat Sachsen lebenden regionalen Wolfspopulationen in eigener Zuständigkeit möglich und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen?

Der Schutzstatus für Wölfe wird grundlegend europarechtlich in der FFH-Richtlinie vorgegeben. Dieser kann weder von den Mitgliedstaaten noch in Deutschland von den Bundesländern eigenständig abgesenkt werden. Es verbleibt allerdings die Möglichkeit, die europarechtlichen Vorgaben auszuschöpfen, d.h. überhaupt von den Ausnahmemöglichkeiten Gebrauch zu machen, und bei der Anwendung der Ausnahmemöglichkeiten weite

Interpretationen vorzunehmen, soweit diese nicht bereits durch Entscheidungen des EuGH begrenzt sind. So besteht beispielsweise ein breiter Auslegungsspielraum im Hinblick auf die unbestimmten Rechtsbegriffe "anderweitige zufrieden stellende Lösung", die Erforderlichkeit eines Wolfs Abschusses "zum Schutz der wild lebenden Tiere" oder "zur Verhütung ernster Schäden insbesondere in der Tierhaltung" im Sinne des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie.

In Bezug auf die Formulierung "im Freistaat Sachsen lebenden regionalen Wolfspopulationen" sei darauf hingewiesen, dass es sich bei den sächsischen Wölfen zusammen mit den weiteren Wölfen in Deutschland, in Westpolen und nach Auffassung zahlreicher Wissenschaftler²⁷ auch in Ostpolen/Baltikum um eine gemeinsame Wolfspopulationen handelt, die einheitlich im Hinblick auf den Erhaltungszustand zu bewerten ist. Für Sachsen kann also keine isolierte Beurteilung des Erhaltungszustands der Population vorgenommen werden. Die Kommission selbst hat klargestellt²⁸, dass es den Nationalstaaten, also dem Bund, obliege, den Erhaltungszustand in selbst definierten Zeiträumen zu bestimmen. Es wäre dem Bund daher möglich, den Erhaltungszustand selbst zu bestimmen, und zwar auch jährlich. Unabhängig von dieser naturwissenschaftlichen Betrachtung wäre eine eigenständige Bewertung der in Sachsen lebenden Wölfe im Hinblick auf die Kriterien eines "günstigen Erhaltungszustands" bei der Beurteilung von Ausnahmemöglichkeiten eher schädlich.

Es bleibt dem Freistaat Sachsen allerdings unbenommen, unter Berücksichtigung der Gesamtpopulation den unbestimmten Rechtsbegriff des "günstigen Erhaltungszustands" eigenständig zu interpretieren und darauf aufbauend Rechtsnormen zu verabschieden oder Verwaltungsentscheidungen zutreffen, die dann jedoch ggf. von der Gerichtsbarkeit im Rahmen einer Klage national- bzw. europarechtlich überprüft werden könnten.

3. Sofern die Frage 2 zu verneinen ist: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit der Freistaat Sachsen jedenfalls beim Bund erfolgreich daraufhin wirken kann, dass insbesondere für die im Freistaat Sachsen lebenden Wölfe ein günstiger Erhaltungszustand festgestellt wird mit dem Ziel, dass diese Populationen möglichst umgehend von Anhang IV in Anhang V der FFH-Richtlinie überführt werden und dadurch einen anderen Schutzstatus erhalten?

Wie zu Frage 2 ausgeführt stellen die Wölfe im Freistaat Sachsen keine eigenständige Population dar, sondern sind im Zusammenhang mit den angrenzenden und im Austausch stehenden Wolfsbeständen zu bewerten. Der Freistaat Sachsen kann sich beim Bund aber dafür einsetzen, dass dieser die Gesamtpopulation als in einem günstigen Erhaltungszustand bewertet.

Nach Art. 1 Buchst. i FFH-Richtlinie ist der "Erhaltungszustand einer Art" die Gesamtheit der Einflüsse, die sich langfristig auf die Verbreitung und die Größe der Populationen der

²⁷ so zum Beispiel Guber/Herzog, NuR 2017 S. 87; Pfannenstiel "Der Wolf - Stellungnahme zum Umgang mit dieser Tierart in der Kulturlandschaft Deutschlands"

²⁸ Vgl. Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf eine kleine Anfrage (LT-Drs. 18/590 zu Nr. 2)

betreffenden Arten in dem in Artikel 2 bezeichneten Gebiet auswirken können. Der Erhaltungszustand wird als "günstig" betrachtet, wenn

- aufgrund der Daten über die Populationsdynamik der Art anzunehmen ist, dass diese Art ein lebensfähiges Element des natürlichen Lebensraumes, dem sie angehört, bildet und langfristig weiterhin bilden wird, und
- das natürliche Verbreitungsgebiet dieser Art weder abnimmt noch in absehbarer Zeit vermutlich abnehmen wird und
- ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist und wahrscheinlich weiterhin vorhanden sein wird, um langfristig ein Überleben der Populationen dieser Art zu sichern.

Insbesondere unter Einbeziehung der osteuropäischen Lebensräume scheinen alle 3 Kriterien bereits jetzt erfüllt zu sein.

Nach den Leitlinien für Managementpläne für Großraubtiere ist ein Erhaltungszustand günstig, wenn

- die Population stabil ist oder zunimmt, (+)
- genügend geeigneter Lebensraum besteht, (+)
- der Lebensraum seine Qualität behält, (+)
- die Population nicht kleiner als 1992 ist, (+)
- ein Austausch von Individuen erfolgt, (s.u.)
- ein Effizientes und robustes Monitoring besteht und (+)
- eine günstige Referenzpopulation erreicht ist
- (> 1000 adulte Tiere oder
- Aussterbewahrscheinlichkeit < 10 % in 100 Jh.) (+)

Auch diese Kriterien sind bereits heute erfüllt. Die Definition des "günstigen Erhaltungszustandes" unter 3.6 des Managementplans für den Wolf in Sachsen (Stand Februar 2014) auf ausschließlich 1.000 adulte Individuen stellt eine unzulässige Verkürzung dar. Denn Alternativ kann auf die Aussterbewahrscheinlichkeit abgestellt werden. Eine Besiedlung aller geeigneten Lebensräume wird EU-rechtlich nicht gefordert; vielmehr wird allein darauf abgestellt, dass ein genügend großer Lebensraum vorhanden ist. Ein Austausch der Wölfe zwischen der westpolnisch/deutschen und der baltischen Region findet nach Auffassung zahlreicher Wissenschaftler statt. Selbst wenn man dies bezweifeln wollte, kann ein solcher Austausch künstlich durch Verbringung einzelner Tiere erreicht werden. In einer Kulturlandschaft, in der der Schutz der Wölfe ohnehin nur durch Verbote und staatliche Überwachung möglich ist, muss ein solcher künstlicher Austausch als artenschutzrechtliche Maßnahmen zur Erreichung eines günstigen Erhaltungszustandes in die Beurteilung einbezogen werden.

Im Ergebnis scheint es weniger von sachlichen Voraussetzungen abzuhängen als vielmehr vom politischen Willen, eine entsprechende Feststellung zu treffen.

Wird ein günstiger Erhaltungszustand angenommen, lassen sich Ausnahmen von den artenschutzrechtlichen Verboten nach Art. 16 FFH-Richtlinie deutlich leichter bejahen. Es kommt dann nämlich nicht mehr auf den Nachweis im Einzelfall an, dass der Erhaltungszustand nicht verschlechtert oder die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustands nicht behindert wird (so Urteil des EuGH vom 14. Juni 2007 – AZ C-

342/05 - Rdn. 29). Die Annahme eines "günstigen Erhaltungszustands" durch Deutschland muss jedoch nicht zwingend durch die EU-Kommission geteilt werden. Auch eine entsprechende Feststellung auf EU-Ebene führt nicht automatisch zu einer Anpassung der FFH-Richtlinie in ihren Anhängen IV und V. Hierfür bedarf es vielmehr einer Änderung der Richtlinie.

Nach Art. 19 Abs. 1 FFH-Richtlinie kann der Anhang V auf Vorschlag der Kommission vom Rat mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden. Die Aufnahme in den Anhang V bedingt aber eine Streichung im Anhang IV, die allerdings vom Rat nur einstimmig beschlossen werden kann (Art. 19 Abs. 2 FFH-Richtlinie). In dem Verfahren zur Änderung eines Anhangs wird die Kommission von einem Ausschuss unterstützt. Jeder Mitgliedstaat entsendet einen Vertreter in diesen Ausschuss. Der deutsche Vertreter im Habitatausschuss wird vom BMUB entsendet und von einer 2 Person, einem vom Bundesrat bestimmten Ländervertreter, begleitet, der nur an Weisungen und Beschlüsse des Bundesrates gebunden ist. Im Übrigen nimmt er die Empfehlung der LANA (Länder Arbeitskreis Naturschutz) auf. Beide Vertreter müssen sich aber inhaltlich verständigen, weil Deutschland nur eine Stimme besitzt. Es muss daher politisch zunächst erreicht werden, dass sich Deutschland für eine Änderung der Anhänge verwendet.

Dieses von der FFH-Richtlinie vorgesehene Verfahren zur Änderung der Anhänge dürfte jedoch durch den Lissabonvertrag überholt sein. Weitergehend müsste daher die FFH-Richtlinie als solches geändert werden. Insoweit hat Deutschland aber nicht einmal ein Initiativrecht. Das Initiativmonopol liegt bei der EU-Kommission. Das weitere Verfahren richtet sich nach Art. 294 des "Vertrages über die Arbeitsweise der EU". In bis zu 3 Lesungen im EU-Parlament muss dem Beschluss des Rates auf Vorschlag der Kommission zur Änderung der Richtlinie zugestimmt werden.

4. Ist es grundsätzlich zulässig, den Wolf durch den Bundesgesetzgeber in den Wildartenkatalog des § 2 BJagdG aufzunehmen? Hätte die grundsätzliche Aufnahme in den Wildartenkatalog Auswirkungen dergestalt, dass das BJagdG dann Vorrang vor dem Bundesnaturschutzgesetz hat?

Der Bundesgesetzgeber ist, in den Grenzen der FFH-Richtlinie, in seiner politischen Entscheidung frei, den Wolf im Naturschutzrecht zu belassen oder dem Jagdrecht zu unterstellen. Der Bund könnte daher den Wolf in den Wildartenkatalog des § 2 BJagdG aufnehmen. So wie der Bund durch § 2 Abs. 2 BJagdG die Länder ermächtigt hat, weitere Wildarten dem Jagdrecht zu unterstellen, so kann er diese Entscheidung ebenfalls auch selbst treffen. Eine kompetenzrechtliche Frage taucht nicht auf, weil sowohl das Gebiet des "Naturschutzes und der Landschaftspflege" als auch das Gebiet des Jagdwesens gemäß Art. 74 Abs. 1 Nrn. 28 und 29 GG der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes unterliegen.

Nach Aufnahme des Wolfes in das BJagdG kommt es im Hinblick auf die Unberührtheitsklausel des § 37 Abs. 2 BNatSchG für den Vorrang des Jagdrechts darauf an, ob dieses ausdrückliche Regelungen enthält. Bei der Überführung des Wolfes in das Jagdrecht

würden beispielsweise das Aneignungsrecht des Jagdausübungsberechtigten (§ 1 Abs. 1 Satz 1 BJagdG), die Hegepflicht (§ 1 Abs. 1 Satz 2 BJagdG) sowie das Recht und die Verpflichtung zur Tötung schwer kranken Wildes (§ 22a BJagdG) unmittelbar eingreifen, sofern nicht abweichende Regelungen getroffen würden. Im Hinblick auf den Handel greift zunächst die Regelung in der unmittelbar geltenden EU-Verordnung 338/97 (EG-Artenschutzverordnung) ein. Nach deren Art. 8 Abs. 1 sind Kauf, Angebot zum Kauf, Erwerb zu kommerziellen Zwecken, Zurschaustellung und Verwendung zu kommerziellen Zwecken sowie Verkauf, Vorrätighalten, Anbieten oder Befördern zu Verkaufszwecken von Exemplaren der Arten des Anhangs A, wozu auch der Wolf gehört, verboten. Daneben (z.B. hinsichtlich des Besitzes) finden die Bestimmungen der Bundeswildschutzverordnung Anwendung, und wenn diese insoweit keine Regelungen enthält, die Bestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes und der Artenschutzverordnung.

Der weitere Umgang mit dem Wolf würde davon abhängig sein, welche Vorschriften der Bund begleitend erlässt. Beispielsweise könnte er dem Wolf in der Jagdzeitenverordnung eine Jagdzeit geben und zur Gewährleistung der Ausnahmetatbestände des Art. 16 Abs. 1 FFH-Richtlinie ihn zugleich der Abschussplanung unterstellen. Für dringende Problemfälle könnte die Jagdbehörde nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 SächsJagdG die Schonzeit vorübergehend aufheben.

5. Welche weiteren, insbesondere EU-rechtlichen Voraussetzungen müssen erfüllt sein? Wäre es beispielsweise zulässig, auf Bundesebene im BJagdG der sächsischen Regelungen (hier vor allem §§ 3, 22 SächsJagdG sowie § 3 SächsJagdVO) vergleichbare Bestimmungen zu erlassen, die eine EU-rechtskonforme Übernahme des Wolfes in das Bundesjagdrecht ermöglichen? Welche Folgen (Zuständigkeiten, Kosten usw.) ergeben sich hieraus?

Zur legislativen Möglichkeiten des Bundesgesetzgebers wird auf die Ausführungen zu 4. verwiesen. Es wäre also dem Bundesgesetzgeber grundsätzlich möglich, den sächsischen Vorschriften des Landesjagdgesetzes vergleichbare Regelungen auch in das Bundesjagdgesetz aufzunehmen. Ob dies im Einzelfall sinnvoll ist, sei dahingestellt.

Durch Aufnahme des Wolfes in das Bundesjagdgesetz geht die grundsätzliche Zuständigkeit auf das Bundeslandwirtschaftsministerium über. Auf Länderebene würde die Zuständigkeit ebenfalls in das für Jagd zuständige Ressort wechseln und wären auf Ortsebene die Jagdbehörden zuständig.

Hinsichtlich der Kosten würde es keine Veränderungen geben, weil die Länder ohnehin die Kosten des Gesetzesvollzuges zu tragen haben. Wildschadensersatz wird gemäß § 29 BJagdG ohnehin nur für Grundstücksschäden geleistet, die durch Schalenwild, Fasanen und Kaninchen angerichtet werden. Der zum Wildschadensersatz Verpflichtete müsste daher für die vom Wolf angerichteten Schäden, insbesondere an Vieh, keinen Schadensersatz leisten. Die gemäß § 17 SächsJagdG erhobene Jagdabgabe könnte weiterhin für den Wolf verwendet werden, unabhängig davon, ob er bundesrechtlich oder landesrechtlich dem Jagdrecht unterstellt wurde. Auch für die Ausgleichsleistungen, die vom Land freiwillig erbracht werden, ist es unerheblich, ob der Wolf bundes- oder landesrechtlich dem Jagdrecht

unterliegt, oder aber dem Naturschutzrecht. Auch für etwaige finanzielle Hilfen des Bundes wäre eine Überführung des Wolfes in das Jagdrecht wohl nicht ausschlaggebend, weil sie darauf ausgerichtet wären, die Schäden der Viehhalter zu reduzieren und Präventionsmaßnahmen zu unterstützen.

6. Ist es auf der Grundlage der bestehenden landesrechtlichen Regelungen möglich, die Zuständigkeit für den Wolf von der unteren Naturschutzbehörde auf die untere Jagdbehörde zu übertragen? Wenn nein, welche rechtlichen Grundlagen müssten geändert werden, damit dies möglich wird?

Der Wolf unterliegt in Sachsen den Bestimmungen des Jagdgesetzes. Die Zuständigkeiten ergeben sich daher aus dem SächsJagdG. Dabei ist in der Regel die Jagdbehörde zuständig und bedarf lediglich des Einvernehmens (Zustimmung) der unteren Naturschutzbehörde:

§ 2 Abs. 1: Entscheidung über den Verbleib von Wild streng geschützter Arten

§ 3 Abs. 4: Herausgabeverlangen für Wild streng geschützter Arten

§ 3 Abs. 6: Gestattung der Aneignung von Wild nach Anhang IV Buchst. a FFH-Richtlinie

§ 20 Abs. 1: Erklärung zur Wildschutzgebieten streng geschützter Wildarten

§ 22 Abs. 2: Zulassung des Erlegens von Wild nach Anhang IV Buchst. a FFH-Richtlinie

§ 39 Abs. 1: Genehmigung des Aussetzens von Wild streng geschützte Arten

Lediglich bei der Regelung der Jagd in Nationalparks und Naturschutzgebieten ist die Naturschutzbehörde zuständig, bedarf aber des Einvernehmens der Jagdbehörde (§ 20 Abs. 4). Diese Zuständigkeit im Jagdgesetz ist eher deklaratorischer Natur, weil sie sich originär aus dem Naturschutzrecht ergibt.

Nur die Anzeige der Neuerrichtung ortsfester jagdlicher Einrichtungen bedarf der Anzeige an die unteren Naturschutzbehörde (§ 26 Abs. 2). Diese Regelung ist zwar eher untypisch. Dies beruht aber darauf, dass eine entsprechende Regelung sich nur auf Nationalparks, Naturschutzgebiete und flächenhaften Naturdenkmale bezieht und eigentlich in das Naturschutzgesetz gehört. Der Standort im Landesjagdgesetz dient der erhöhten Wahrnehmung durch den Jäger, sollte aber nichts an der Zuständigkeit verändern. Hinsichtlich des Themas "Wolf" ist die Vorschrift unerheblich.

Im Ergebnis ist daher festzustellen, dass die Zuständigkeit für den Wolf als jagdbares Wild im Freistaat Sachsen bereits jetzt bei der Jagdbehörde liegt und es demzufolge einer Veränderung der Zuständigkeiten nicht bedarf.

Zwar könnte der Landesgesetzgeber das Einvernehmen mit der unteren Naturschutzbehörde bei den oben genannten Vorschriften im SächsJagdG streichen. Dies würde aber in der Praxis kaum einen Unterschied machen, weil Jagdbehörde und untere Naturschutzbehörde bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten als Einheitsbehörde zusammengefasst sind (§ 32 Abs. 1 Nr. 3 SächsJagdG; § 46 Abs. 1 Nr. 3 SächsNatSchG) und es der Hausspitze (Landrat/Oberbürgermeister) obliegt, die Zusammenarbeit zwischen den funktionalen Einheiten seiner Verwaltung zu regeln.